



Militarisierung der Polizei Massive Aufrüstung im Namen der Terrorabwehr

von Martin Kirsch

Gefahrenlage in Wiesbaden 21.12.15. Quelle: Wiesbaden112.de/CC BY-NC-ND 2.0

Ob Fußfesseln für Gefährder, mehr Videoüberwachung, Predictive Policing oder neue Spionagesoftware für das BKA - Polizei und Geheimdienste befinden sich international und insbesondere in Europa auf dem Vormarsch. Neben neuen Ermittlungs- und Überwachungsmethoden findet aktuell eine massive Aufrüstung der Polizeikräfte von Spezialeinheiten bis zu den Streifenwagen statt, die in den Medien fast ausschließlich als Gewinn an Sicherheit gefeiert wird. Ausgangspunkt für die derzeitigen Aufrüstungsvorhaben, deren Ende nicht abzusehen ist, waren die Terroranschläge auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015. So forderte Roger Lewenz, Innenminister von Rheinland-Pfalz und damaliger Vorsitzender der Innenministerkonferenz daraufhin in einem Interview mit der Welt: „Wir müssen für Waffengleichheit sorgen.“¹

Das Szenario, für das sich die Polizei rüsten soll, sind islamistisch motivierte Anschläge, ausgeführt von militärisch ausgebildeten Terroristen, die mit Sturmgewehren, Sprengsätzen

und geschützt durch militärische Schutzwesten in europäischen Innenstädten agieren. Dem entsprechend werden für die Polizei aktuell neue Schutzwesten, Stahlhelme, Sturmgewehre und Radpanzer eingekauft und das polizeiliche Training mit militärischen Szenarien angereichert. Wichtig für die Einschätzung der Entwicklung ist allerdings, dass sämtliche Aufrüstungsbemühungen der Polizei ihren Ursprung nicht in den Anschlägen von 2015 und 2016 haben, sondern auf älteren Entwicklungen und Strukturen aufbauen. Die medial vermittelten Horrorszenarien von schießwütigen Attentätern in Paris und Brüssel und zunehmenden Anschlägen auch in Deutschland haben lediglich eingängige Bilder geliefert, um die Finanzmittel zu mobilisieren, mit denen bereits angestoßene Prozesse massiv beschleunigt wurden.

Außerdem ist die Präsentation von neuer Ausrüstung und Waffen dienlich, um vermeintliche Handlungsfähigkeit der Innenminister_innen und ihrer Polizeien unter Beweis zu stellen. Völlig unabhängig von der Frage, was die Attentäter motiviert und welche gesellschaftlichen Umstände, z.B. Ausgrenzung von

Paramilitärische Polizeien als Vorreiter der Wiederbewaffnung

Um von einer Militarisierung der Polizei zu sprechen scheint es angemessen, kurz deren historischen Ausgangspunkte in den Blick zu nehmen. Denn die BRD war von den 1950er bis in die 1970er Jahren mit einer hochgradig militarisierten Polizei ausgestattet, was mittlerweile weitgehend vergessen ist.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 beschlossen die Alliierten noch vor Kriegsende die konsequente Denazifizierung, Demilitarisierung und Dezentralisierung des deutschen Staats- und Verwaltungsapparates und damit auch der Polizei.¹ Dabei war die formelle Trennung von Militär, Polizei und Geheimdiensten in der Nachkriegszeit nicht nur eine Konsequenz aus Nationalsozialismus und zweitem Weltkrieg. Auch der preußischem Militarismus auf dem Weg zum ersten Weltkrieg, die militärische Unterdrückung von Aufstandsbewegungen während der Weimarer Republik und die Rolle der Polizei für den Aufbau der Wehrmacht lieferten Argumente.

Die guten Vorsätze wurden allerdings schnell über Bord geworfen. Mit der Gründung der BRD und der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 erhielt die Vollzugsbeamten wieder flächendeckend Schusswaffen² und wurden in zentralisierte Länderpolizeien überführt.³ Nach dem Ausbruch des Koreakriegs im Sommer 1950 stimmten die Außenminister der Westalliierten der Aufstellung einer kaser-

nierten Truppenpolizei auf Länderebene zu, um die BRD im schärfer werdenden Kalten Krieg in Europa gegen die DDR zu rüsten.⁴ Koordiniert wurde der Aufbau der Bereitschaftspolizeien durch den ehemaligen Polizisten, Wehrmachtsgeneral und Ritterkreuzträger Anton Grasser. Nur drei Jahre nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft 1947 bekleidete er den Rang des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder im Bundesinnenministerium.⁵ Dass er einer Riege von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren angehörte, die ab 1949 eine Geheimarmee in Westdeutschland planten, wurde erst 2014 öffentlich.

Ein Musterverwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern wurde ab 1951 von den jeweiligen Landesregierungen unterzeichnet und führt zur Aufstellung von kasernierten **Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder**.⁶ Mit einer nie erreichten Zielgröße von 30.000 Mann⁷ sollten die BePo bei inneren Unruhen und im Kriegsfall dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder im Innenministerium unterstellt werden.⁸ Ausgerüstet wurden sie mit Helmen aus Wehrmachtbeständen, neuen Flecktarnuniformen, Schnellfeuerwaffen, Granaten und Panzerspähwagen.⁹ Die bundesweit einheitliche Ausbildung, Taktik und Ausrüstung der Bereitschaftspolizeien wurde an den Prämissen des „Polizeikampfs“, sprich Bürgerkriegsszenarien, ausgerichtet.

Unruhen nach dem Vorbild der Arbeiteraufstände der 1920er Jahre, Saboteure und Terroristen, z.B. aus den Reihen der KPD, im inneren, sowie feindliche Kommandos aus dem Osten im Kriegsfall sollten bekämpft werden.¹⁰ Dazu kamen Einsatzszenarien bei Großveranstaltungen und Demonstrationen, sowie die Bekämpfung von bewaffneten Kriminellen und Banden.

Auf Bundesebene wurde ein Jahr später der **Bundesgrenzschutz(BGS)** als 10.000 Mann starke paramilitärische Polizeitruppe zur Grenzsicherung gegründet. Das war möglich, weil das neue Grundgesetz dem Bund eine Polizei zwar eigentlich verwehrte, ihm aber die Zuständigkeit für die Grenzsicherung zuschrieb.¹¹ Ein Großteil der Offiziere wurde aus ehemaligen Wehrmichtsangehörigen rekrutiert und auch beim Aufbau des BGS war Ostfrontgeneral Grasser federführend beteiligt.¹² Aufgebaut nach militärischem Vorbild wurde der BGS mit Sturmgewehren, Maschinengewehren, Granatwerfern und Panzerwagen, z.T. mit Maschinenkanonen, bewaffnet.¹³ Ausgebildet wurden die BGS-Beamten für eine Militärische Konfrontation an der Grenze zur DDR und zur Niederschlagung innerer Unruhen.

1956 diente der mittlerweile auf rund 17.000 Beamte angewachsene BGS im Zuge der formalen Wiederbewaffnung der BRD als Personalpool für die neue Bundeswehr. Über die Hälfte der BGSler wechselten zur neu gegründeten Armee.¹⁴

Migrant_innen und Kriegseinsätze deutscher Soldat_innen von Afghanistan bis Mali, sie möglicherweise radikalisiert haben. Nach dem Anschlag in Berlin im Dezember 2016 konnten so bereits in den Folgetagen auf Weihnachtsmärkten und in Zeitungen in der ganzen Republik neue Waffen und Schutzausrüstungen bestaunt werden. Bis der tatsächliche Attentäter allerdings identifiziert, gefunden und seine Kontakte zu V-Leuten des Verfassungsschutzes² öffentlich bekannt wurden, dauerte es deutlich länger.

Alltägliche Spezialeinheiten?

Nach der missglückten Befreiung israelischer Sportler_innen während der Olympischen Spiele 1972 in München begann der Bundesgrenzschutz noch im selben Jahr mit dem Aufbau der Eliteeinheit Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9), die sich bezogen auf Taktik und Bewaffnung an militärischen Spezialeinheiten orientierte.³ Zwei Jahre später beschloss die Innenministerkonferenz ein „Konzept für die Aufstellung und den Einsatz von Spezialeinheiten der Länder und des Bundes für die Bekämpfung von Terroristen“.⁴ Dementsprechend wurden in der Zuständigkeit der Länderpolizeien Spezialeinsatzkommandos (SEK) und Mobile Einsatzkommandos (MEK) eingerichtet, die ebenfalls mit militärischen Waffen und Ausrüstung bestückt wurden.

Diese paramilitärischen Spezialeinheiten sollten in absoluten Ausnahmesituationen wie Geiselnahmen und Terroranschlägen reaktionsfähig sein, aber explizit keine Rolle im polizeilichen Alltagsgeschäft spielen. Nachdem diese Einheiten allerdings erst einmal arbeitsfähig waren, stieg auch die Verlockung, sie einzusetzen. Die Gewalteskalation im Rahmen der Bekämpfung linker Stadtguerillagruppen in den 1970er und 80er Jahren trug ihr Übriges dazu bei.

Mittlerweile ist der Einsatz von Spezialeinsatzkommandos zumindest statistisch zu einer Alltäglichkeit geworden. So kam das SEK in Berlin 2015 als bundesweiter Spitzenreiter auf mehr als 500 Einsätze,⁵ im Schnitt also rund eineinhalb am Tag. Dabei geht es in einer Vielzahl der Einsätze nicht um akute Terrorakte, Geiselnahmen oder bewaffnete Banküberfälle, sondern um die Durchsetzung von Haftbefehlen und Razzien, wenn Zielpersonen als gefährlich oder bewaffnet gelten. Es reicht aber auch eine vermutete politische oder religiöse Motivation von Tatverdächtigen, die aus Sicht der Polizei schnell zum Vorwurf des Terrorismus führt, um ein SEK auf den Plan zu rufen. So nehmen z.B. Razzien wegen des Verdachts auf islamistischen Terrorismus seit der Festnahme der sogenannten Sauerlandgruppe 2007 kontinuierlich zu.

Gründe für eine Vielzahl der Einsätze sind also nicht mehr akute Notsituationen, in denen die SEKs reagieren sollen. Viel-

Der Seegrenzschutz wurde sogar vollständig in Bundesmarine umgetauft. „Ein typischer Karriereverlauf der Jahre 1940 bis 1960 konnte also lauten: Wehrmacht, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr.“¹⁵ Der paramilitärische Charakter des BGS wurde 1965 auch per Gesetz festgeschrieben. Als potenzielle Kriegspartei erhielten die Grenzschützer den Kombattantenstatus.¹⁶

Mit der Verabschiedung der **Notstandsgesetze 1968** veränderte sich die Ausrichtung der Bereitschaftspolizeien und auch des BGS. Militärische Reaktionen auf bewaffnete Unruhen in Deutschland fielen jetzt in die Zuständigkeit der Bundeswehr. Aufgrund der Widerstandsbewegung gegen die Notstandsgesetze und der beginnenden Studentenbewegung standen zudem plötzlich andere Aufgaben im Vordergrund. Taktik, Ausbildung und Material der Bereitschaftspolizeien wurden jetzt v.a. für Demonstrationen und Großereignisse angepasst. Mit leichter zeitlicher Verzögerung folgte der BGS den Polizeien. Rechtsgrundlage, Ausbildung und Struktur wurden aus der militärischen in die polizeiliche Sphäre übertragen. Neben Grenzkontrollen und Grenzüberwachung wurde die Unterstützung der Länderpolizeien bei Großeinsätzen zur neuen Aufgabe des BGS erklärt.¹⁷

Einer Abrüstung der Länderpolizeien, für die Polizeigewerkschaftler bereits in den 60er Jahren gestritten hatten, standen jetzt sogar einige Landesinnenminister positiv gegenüber.¹⁸ Es dauerte

allerdings bis in die 1980er Jahre, bis die Kriegswaffen aus den Arsenalen der Polizei und des BGS verschwanden.¹⁹ Eine Ausnahme bildet Bayern, das die Waffen nur einlagerte und bis heute Granaten und Maschinengewehre als Polizeiwaffen im entsprechenden Gesetz listet.²⁰ Der Kombattantenstatus der BGS-Beamten wurde erst 1994, nach dem vollzogenen Zusammenschluss der BRD mit der ehemaligen DDR, aufgegeben.²¹

Die Strukturen der Bereitschaftspolizeien von Bund und Ländern, in Halbgruppe, Gruppe, Zug und Hundertschaft folgen allerdings bis heute einem militärischen Organisationsprinzip. Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder überwacht im Innenministerium noch immer die bundesweite Kompatibilität der rund 16.000 Bereitschaftspolizist_innen nach diesem Muster,²² um sie im Krisenfall zu größeren Einheiten zusammenschließen zu können.

Anmerkungen

- 1 Steinborn und Schanzenbach: Die Hamburger Polizei nach 1945 – ein Neuanfang, der keiner war, S. 8, Verlag Heiner Biller, Hamburg 1990.
- 2 Busch, Funke u.a.: „Der Wandel der Polizeibewaffnung in den siebziger Jahren“, S. 182, Campus Verlag, Frankfurt 1988.
- 3 Carsten Dams: „Die Polizei in Deutschland 1945-1989“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APZU 48/2008), bpb.de, 14.11.2008.
- 4 Stefan Noethen: „Britische Polizeireform und deren Zurückdrängung 1945 – 1953“, S. 118ff, Klartext Verlag, Essen 2003.

- 5 Oliver Das Gupta: „Wehrmachts- und SS-Veteranen planten Geheimarmee“, sueddeutsche.de, 11.05.14 und Klaus Wiegrefe: „Files Uncoered – Nazi Veterans Created Illegal Army“, Spiegel Online International, spiegel.de, 14.05.14.
- 6 Steinborn und Schanzenbach 1990.
- 7 Martin Winter: „Kleine Geschichte des Bundesgrenzschutzes – Eine Chronologie“, cilip.de, 24.02.1994.
- 8 Bolle, Bruns u.a.: „Mit Samthandschuhen und Eisenfaust – Polizei und Polizisten in der BRD“, S. 48-49, 1977, Verlag Association.
- 9 Busch, Funke 1988, sowie: Stefan Noethen: „Alte Kameraden und neue Kollegen – Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945-1953“, Klartext Verlag, Essen 2003, sowie Kraus, Grimminger und Schmidt: „Die Geschichte der Polizei in Hessen und mehr ...“, Polizei Hessen, polizei.hessen.de, 22.03.13.
- 10 Steinborn und Schanzenbach 1990, S. 97ff.
- 11 Martin Winter 1994.
- 12 Michael Schmittbetz „LexiTV – Ein deutsches FBI?“, mdr.de, 16.02.16.
- 13 Busch, Funke 1988.
- 14 Winter 1994.
- 15 Carsten Dams 2008.
- 16 Winter 1994.
- 17 Winter 1994.
- 18 Busch, Funke 1988.
- 19 Busch, Funke 1988.
- 20 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: „Grenzen der Bewaffnung der Polizei und der Amtshilfe durch die Bundeswehr“, S.13, 15.02.2008.
- 21 Winter 1994.
- 22 „Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder“, Bundesministerium des Inneren, bmi.bund.de, 25.06.13.

mehr sind die Spezialeinheiten zu einem aktiven Teil der polizeilichen Einsatzgestaltung geworden. So werden aktiv Situationen geschaffen, in denen nach militärischem Vorbild Wohnungen, Geschäftsräume und die Menschen darin überfallen werden. Das birgt ein hohes Risiko für alle Beteiligten mit sich, wie zwei prägnante Beispiele zeigen: Bei einem Einsatz des SEK in Köln 2011 wurde über 100 mal auf die Zielperson geschossen, die schwer verletzt überlebte.⁶ Während einer Razzia gegen einen Hells Angel in Rheinland-Pfalz 2010 schoss der Hausbesitzer durch die geschlossene Wohnungstür, weil er die Polizeibeamten für Einbrecher oder Mitglieder einer verfeindeten Rockergruppe hielt, und tötete einen SEK-Beamten.⁷ Vor Gericht wurde er in der höchsten Instanz wegen Notwehr freigesprochen.⁸

Mit dem bereits angeführten Argument der Waffengleichheit werden seit 2015 in diversen Bundesländern die SEKs aufgestockt und die Ausrüstung und Bewaffnung noch weiter an militärische Spezialeinheiten angepasst, falls dies nicht schon zuvor geschehen war. G36-Sturmgewehre, wie sie sonst die Bundeswehr einsetzt, sollen die effektive Bekämpfung eines Anschlags wie in Paris sicherstellen. Auch haben einige SEKs die GSG 9 der Bundespolizei angefragt, um von ihr eine Zusatzausbildung im paramilitärischen Häuserkampf zu erhalten.⁹

BFE Plus - Speerspitze der Bereitschaftspolizei

Kurz nach den Anschlägen in Paris im Januar 2015 hatte Innenminister de Maizière angekündigt, eine neue Spezialeinheit der Bundespolizei schaffen zu wollen, um eine angebliche „Fähigkeitslücke“ in der Terrorbekämpfung zwischen GSG 9 und Bereitschaftspolizei zu schließen.¹⁰ Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes wurden als Reaktion auf das Brockdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1985, befeuert durch die Krawalle am 1. Mai 1987 in Berlin Kreuzberg und die tödlichen Schüsse an der Startbahn West im November 1987, aufgebaut.¹¹ Die BFE sind v.a. für Einsätze bei Demonstrationen, Fußballspielen und sonstigen Großereignissen, bei denen ein erhöhtes Gewaltpotenzial vermutet wird, ausgebildet und ausgerüstet. Sie sollen dort Gewalttäter_innen festnehmen und gleichzeitig gerichtsfeste Beweise liefern. Zudem gehören Observationen, Schleierfahndung sowie Festnahmen und Razzien im Bereich der organisierten und politisch motivierten Kriminalität zu ihrem Aufgabenspektrum.¹² In einigen Bundesländern kommen Notzugriffe bei Geiselnahmen und Amokläufen in Fällen, in denen GSG 9 oder SEK nicht oder nicht schnell genug zur Verfügung stehen, hinzu. So sind die BFE auch Sprungbrett für eine Karriere bei SEK und MEK.¹³



Polizeiapanzer von Rheinmetall. CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

Aus eben diesen Einheiten der Bundespolizei rekrutiert sich jetzt die sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeinheit Plus (BFE+). Sie stellt, wie der Name schon nahe legt, eher eine Aufrüstung bestehender Einheiten als eine neue Spezialeinheit dar. Bereits im Dezember 2015 wurde in Blumberg bei Berlin nach achtwöchigem Training durch die GSG 9 die erste Einheit BFE+ in Dienst gestellt.¹⁴ Vorgehen und Ausrüstung, die bei einer Show in Anwesenheit von Innenminister de Maizière und Bundespräsident Gauck¹⁵ präsentiert wurden, glichen eher schnell beweglichen Kommandosoldaten als den oft schwerfälligen Spezialeinheiten der Polizei. „Wie ein Infanteriezug im Orts- und Häuserkampf“, beschreibt ein Anwesender die Vorführung.¹⁶

Das Zusatztraining der BFE+ dreht sich um das Vorgehen gegen militärisch ausgebildete und bewaffnete Gegner. Es umfasst taktisches Schusswaffentraining, den Objektschutz bei Terrorbedrohung, das Binden von Terroristen, also Häuserkampf in städtischen Szenarien, das Bergen von Verletzten aus der Schusslinie und eine spezielle Sanitätsausbildung zur Erstversorgung von anschlagstypischen Verletzungen.¹⁷ Die ohnehin vorgesehenen Notzugriffe sollen also noch robuster - sprich militärischer - durchgeführt werden können. Dass diese Intention auch verstanden wird, zeigt die Lokalzeitung Märkische Allgemeine, indem sie den Auftrag der BFE+ in eigenen Worten beschreibt: „Terroristen rasch und radikal stoppen und bei Bedarf sofort erschießen.“¹⁸ Hauptaufgabe soll allerdings die länger anhaltende Fahndung nach bewaffneten Terrorverdächtigen sein, um GSG 9 und die SEKs der Länder zu ergänzen, die v.a. auf gezielte Zugriffe spezialisiert sind.¹⁹

Bis Sommer 2017 sollen insgesamt 250 BFE-Beamten der Bundespolizei an den fünf Standorten Blumberg, Sankt Augustin, Bayreuth, Hünfeld und Uelzen eine Zusatzbefähigung erhalten

haben und dann das PLUS im Namen tragen.²⁰ Im Alltag sind die BFE+-Beamten weiterhin in der bekannten RoboCop-Montur bei Demonstrationen und Fußballspielen im Einsatz. Den Rüstwagen mit Sturmgewehren und Zusatzausrüstung haben sie dabei im Regelfall dabei, um von einem Moment auf den anderen zur Anti-Terror-Einheit werden zu können.²¹ Die Einführung dieser Einheiten wird allerdings keine Besonderheit der Bundespolizei bleiben, sondern kann als Startschuss für eine Aufrüstung der BF-Einheiten der Länder gewertet werden. So machte Hamburg, das im Juli 2017 den G20-Gipfel beherbergt, auf Länderebene Mitte November, kurz vor dem OSZE-Gipfel, den Anfang.

Innensenator Grote und Polizeipräsident Meyer stellten bei einem Pressetermin neue Waffen und Ausrüstung vor.²² Neben neuen Helmen und Schutzwesten gehören jetzt Sturmgewehre der Marke Haenel zum Arsenal der Hamburger BFE. Ebenfalls präsentiert wurde ein Radpanzer mit dem klangvollen Namen „Survivor“ von der österreichischen Firma Achleitner. Das voll gepanzerte Radfahrzeug soll die Besatzung vor Beschuss aus Maschinengewehren und gegen Minen schützen, ist aber auch für offensive Einsätze mit Schießscharten versehen.²³

Zur Fähigkeit der Hamburger Polizei, mit Hochrisikosituationen umzugehen, ließ Grote stolz verkünden: „Die Bundeswehr brauchen wir dafür nicht mehr.“²⁴ Er positionierte sich damit einerseits in der Frage von Bundeswehreinheiten im Inland und machte gleichzeitig klar, in welche Richtung die Reise der Polizei weiter gehen soll. So stehen Radpanzer auch in diversen anderen Bundesländern auf den Wunschlisten oder werden bereits erprobt.²⁵ Mit Panzerwagen und Sturmgewehren nicht genug holt Hamburg auch einen bundesweiten Trend nach, indem es die einfachen Streifenwagen massiv aufrüstet.²⁶

Streifenwagen als kleinste Anti-Terror-Einheiten

Seit dem Amoklauf an einem Gymnasium in Erfurt 2002 wird in diversen Bundesländern die Einsatztaktik bei Amoklagen schrittweise umgestellt. Die Besatzungen der Streifenwagen, die als Erstes am Tatort ankommen, sollen nicht mehr wie zuvor v.a. das Gelände großflächig absperren und auf das Eintreffen des SEK warten. Vielmehr ist gefordert, aktive Schütz_innen schnellstmöglich mit Waffengewalt zu stellen oder zumindest abzulenken. Seit 2006 wurde in NRW ein spezielles Training für Streifenbeamte auf Landesebene eingeführt, das jährlich wiederholt wird. „Ihr Übungsziel ist, den oder die vermeintlichen Amokläufer so schnell wie möglich unschädlich zu machen.“²⁷ Andere Bundesländer folgten diesem Beispiel. Baden-Württemberg wiederum ist seit dem Amoklauf in Winnenden 2009 Vorreiter dabei, seine Streifenwagen mit Stahlhelmen, schwereren Schutzwesten und Maschinenpistolen zu bestücken und die Besatzungen im Umgang damit zu schulen. Seit 2011 sind alle Streifenwagen mit diesen Zusatzpaketen ausgestattet.²⁸ Damit kehren Maschinenpistolen, die in Zeiten der RAF-Fahndungen angeschafft bzw. ausgegeben wurden, wieder in die Streifenwagen zurück.

Die Innenministerkonferenz im Juni 2015 in Rheinland-Pfalz scheint auch ohne offiziellen Beschluss der Startschuss für die flächendeckende Aufrüstung in den Bundesländern gewesen zu sein, auch wenn die jeweiligen Schritte sich in einem föderalen System unterscheiden. So werden die mittlerweile teils als Anti-Terror-Trainings bezeichneten Ausbildungen in diversen Bundesländern massiv ausgeweitet. Streifenbeamte_innen sollen nicht nur gegen Amokläufer_innen, sondern auch gegen Terrorist_innen in einem Szenario nach dem Vorbild der Anschläge in Paris 2015 aktiv vorgehen können. Dafür wurden mittlerweile bundesweit mindestens ein Teil der Streifenwagen mit neuen Schutzwesten ausgerüstet und Waffenkästen mit Maschinenpistolen installiert.²⁹ In einigen Bundesländern kommen militärische Schutzhelme sowie kugelsichere Decken oder Schilde hinzu. Baden-Württemberg, wieder am schnellsten, lässt ausgewählte Streifenpolizist_innen sogar unter Einbeziehungen der SEKs in der Bekämpfung von Terroristen trainieren.³⁰

Während in anderen Bundesländern die Ausschreibungsverfahren für neue Maschinenpistolen noch laufen, hat Brandenburg bereits begonnen, die alten MP5 mit dem neueren Modell MP7 zu ersetzen.³¹ Die Maschinenpistole MP7 von Heckler & Koch hat eine höhere Reichweite und Durchschlagskraft und wird deswegen von der Bundeswehr in Kampfeinsätzen und von Spezialkräften der Polizei verwendet. Wo die alten Maschinenpistolen im Bestand bleiben, werden sie teils mit Zieloptiken und Doppelmagazinen ausgestattet. In der Aufrüstungsspirale mit Maschinenpistolen nicht zufrieden setzt Schleswig-Holstein noch einen drauf und plant knapp 250 Streifenwagen mit G36c-Sturmgewehren abzustatten.³² Ein Vorhaben, das selbst im tiefsten Deutschen Herbst undenkbar gewesen wäre, scheint im aktuellen Sicherheitsdiskurs seinen Schrecken für die breite Öffentlichkeit völlig verloren zu haben.

Ob einfache Streifenbeamte_innen bei rund zwei Tagen Schießtraining im Jahr mit diesen Schnellfeuerwaffen überhaupt umgehen können, ist für die Innenminister offensichtlich nicht von Belang. Seitdem die Maschinenpistolen erst einmal im Kofferraum sind, tauchen sie auch vermehrt in polizeilichen Maßnahmen auf. So zum Beispiel in der Reaktion auf eine Anschlagswarnung in Essen am 11.03.17, wo ein gesamtes Einkaufszentrum für einen Tag von waffenstrotzenden Polizist_innen abgeriegelt wurde.³³

Europäische Dimension

Die Aufrüstung von Polizeikräften seit 2015 ist kein rein deutsches Phänomen. So beschwerten sich Länderinnenminister im letzten Jahr gar, dass sie ihre Aufrüstungsvorhaben nicht in der gewünschten Zeit umsetzen könnten, weil der Markt für Polizeiwaffen und -ausrüstung in der EU nahezu leer gekauft wäre.

Beispiele dafür sind Maßnahmen in Österreich, wo ebenfalls von den Streifenwagen bis zu den Spezialeinheiten neue Ausrüstung und Waffen beschafft werden,³⁴ aber auch Frankreich, das vergleichbar mit den BFE+ Polizeieinheiten, deren Auftrag eigentlich nicht die Terrorbekämpfung ist, mit schwereren Waffen ausstattet, um auch in diesem Feld agieren zu können.³⁵

Die Aufrüstung der Polizeien in Deutschland hat aber auch unabhängig von den Entwicklungen in den Nachbarländern eine Europäische Dimension. So wurde 2002 der ATLAS-Verband gegründet und 2009 auf EU-Ebene formalisiert. Hinter dem mythischen Namen verbirgt sich ein in der Öffentlichkeit kaum bekannter Zusammenschluss von polizeilichen und militärpolizeilichen Spezialeinheiten in Europa.³⁶ Dort sollen sie Einheiten Taktiken austauschen und gemeinsam trainieren, um die Grundlage für gemeinsame Einsätze in den Partnerländern zu schaffen. Mit der Verabschiedung der sogenannten Solidaritätsklausel, Artikel 222 der Lissabonverträge, die 2009 in Kraft traten, ist dieser Einsatz jetzt auch auf Europäischer Ebene gesetzlich geregelt. So kann ein EU-Land nach Terroranschlägen oder Naturkatastrophen von Katastrophenschützer_innen bis zu Soldat_innen Unterstützung aus anderen Staaten anfordern. Wenn auch nicht offiziell auf dieser Grundlage war während des Amoklaufs im Juli 2016 in München auch die österreichische Spezialeinheit EKO Cobra in der Stadt unterwegs.³⁷

Angesichts der Entwicklungen im Süden der EU ist der umgekehrte Fall allerdings wahrscheinlicher. So schafft Deutschland aktuell nicht nur Kapazitäten, um schwer bewaffnete Polizeikräfte auf deutschen Straßen einzusetzen, sondern auch um hochgerüstete Spezialeinheiten in andere EU-Staaten zu entsenden. Ob die Entsendung im Rahmen der Terrorbekämpfung oder in der Auseinandersetzung mit Streikenden oder sozialen Unruhen passiert, lässt Artikel 222 der EU-Verträge dabei bewusst offen.³⁸ Der notwendige Widerstand gegen die massive Aufrüstung der Polizei sollte sich also nicht auf nationale Grenzen beschränken, kann sich aber auch von Beispielen wie in Frankreich inspirieren lassen, wo selbst in Zeiten des Ausnahmezustandes offensiv die Entwaffnung der Polizei diskutiert und gefordert wird.³⁹

Auslandseinsätze der Polizei

Während offensive Polizeieinsätze in anderen EU-Staaten noch in den Kinderschuhen stecken, gibt es bereits eine fast dreißigjährige Erfahrung mit Polizeieinsätzen außerhalb der EU. So flogen bereits 1989 im Rahmen der UNTAG-Mission der UN in Namibia rund 50 BGS-Beamte_innen in einen bewaffneten Auslandseinsatz.⁴⁰ In traditionell enger Kooperation bestritt die Bundeswehr dann ihren ersten Auslandseinsatz 1992/93 in Kambodscha zusammen mit dem BGS.⁴¹ Mittlerweile gehören solche Einsätze zum Standardrepertoire der deutschen Außenpolitik. Dabei übernehmen deutsche Polizist_innen sowohl Ausbildungsvorhaben als auch operative Polizeiaufgaben im Ausland.

Im November 2016 waren nach offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums 228 Polizei- und Zollbeamte_innen von Bund und Ländern in 18 Auslandseinsätzen auf dem europäischen, afrikanischen und asiatischen Kontinent und in der Karibik unterwegs.⁴² Bei Einsatzzeiten von drei bis sechs Monaten schie-

ben also rund 500 bis 750 Polizist_innen im Jahr ihren Dienst in Auslandseinsätzen. Ihre Mandate erhielten sie dabei 2016 von der UN (6), der EU (9), der OSZE (1), direkt von Frontex (1) und durch ein bilaterales Abkommen mit Afghanistan. Die aktuell größten Einsätze finden im Rahmen von Frontex mit insgesamt 106 Beamt_innen in Griechenland, Bulgarien und Italien, GTTP Afghanistan mit 53 Polizist_innen, EULEX Kosovo und MINUSMA in Mali mit zwanzig und zehn Einsatzkräften statt. In allen anderen Einsätzen waren weniger als 10 Beamt_innen aktiv. Hinzu kommen jährlich über 1.000 dienstliche Auslandsaufenthalte der Bundespolizei in den Bereichen Grenzschutz und Passkontrollen, Verbindungsbeamt_innen und gemeinsame Zentren mit Polizeien der Nachbarländer sowie der größte Teil zum Schutz von über 70 deutschen Auslandsvertretungen, die offiziell nicht als Auslandseinsätze gewertet werden.⁴³

Eine besondere Rolle kommt dabei dem Schutz von Botschaften und Konsulaten in Kriegs- und Krisenstaaten zu. Diese Aufgabe übernimmt mittlerweile die Abteilung Personenschutz Ausland (PSA) unter dem Dach der GSG 9.⁴⁴ So waren 2015 insgesamt 121 PSA-Beamte in Irak, Afghanistan, Libanon und Tunesien im Einsatz, um Botschaftspersonal zu schützen.⁴⁵ Die militärische Ausrichtung, aber auch die realen Gefahren ihres Auftrags zeigt der Anschlag auf das deutsche Konsulat in Mazar-e-Sharif im November 2016, bei dem nach Medienangaben Bundespolizisten, vermutlich aus den Reihen der PSA, an Schusswechseln mit Angreifern beteiligt waren.⁴⁶

Sowohl für die gefährlicheren mandatierten Auslandseinsätze, als auch in der PSA-Truppe erhalten die Polizist_innen paramilitärisches Training, um in einer kriegerischen Umgebung ihrem Auftrag nachzukommen. In beigen Uniform, bekleidet mit Schutzweste und Helm, bewaffnet mit Sturmgewehren und Maschinenpistolen erleben sie in Feldlagern und befestigten Gebäuden einen Alltag, der dem von Soldaten sehr nahe kommt - alle möglichen traumatischen Erfahrungen, bis hin zu Tot und Verwundung im Einsatz, inbegriffen.⁴⁷

Nach den Einsätzen oder nach dem Ausscheiden aus dem PSA versehen diese Polizist_innen mit paramilitärischer Ausbildung und Einsatzerfahrung ihren Dienst wieder in Deutschland. Welchen Einfluss das auf ihren Arbeitsalltag hat, ist bis jetzt unbekannt. Dass es sich dabei allerdings nicht um eine zu vernachlässigende Gruppe handelt zeigt, dass allein Niedersachsen zwischen 1994 und 2015 über 500 Polizist_innen in Auslandseinsätze entsandt hat.⁴⁸

Übernahme von Feldjägern in den Polizeidienst

Zu ihrem Schutz bei Auslandsmissionen und im Rahmen der Polizeiausbildung in Einsatzländern arbeiten Polizeien bereits eng mit der Bundeswehr, v.a. mit den Feldjägern, zusammen. Diese Zusammenarbeit wird aktuell allerdings auch in der Personalgewinnung in Deutschland vertieft. Um Personallücken schnell schließen zu können, schielen Innenminister auf ehemalige Zeitsoldat_innen aus dem Bereich der Militärpolizei. So hat Brandenburg im September 2015 als Pilotprojekt erstmals 25 ausscheidende Feldjäger als Beamte auf Probe in die Polizeiausbildung übernommen.⁴⁹ 2016 folgte Mecklenburg-Vorpommern dem Beispiel,⁵⁰ während Sachsen noch an einer Gesetzesgrundlage arbeitet. Nach einer verkürzten Ausbildung von zwei mal vier Monaten sollen die ehemaligen Feldjäger_innen als fertige Polizist_innen eingesetzt werden. Dass die Umschulung von Soldat_innen zu Polizist_innen eine besondere Herausforderung darstellte könnte, wenn erlernte Verhaltensweisen aus Kriegsgeländen auf betrunkene Bürger_innen in der Fußgängerzone treffen, scheint bei diesen Vorhaben keine Rolle zu spielen.

Die Bundeswehr wiederum freut sich, weil sie potenziell arbeitslose Ex-Soldaten in eine weitere Beschäftigung vermitteln kann und setzt sich aktiv für diese Kooperation ein.⁵¹ Ganz in ihrem Sinne kann die ohnehin im Soldatenversorgungsgesetz vorgesehene bevorzugte Beschäftigung von Bundeswehraussteigern im öffentlichen Dienst,⁵² für die der Polizeivollzug gesetzlich ausgeklammert ist, auf diesem Wege eingeführt werden.

Konsequenzen der Aufrüstung

Was die konkreten Triebfedern der einzelnen Akteure der Militarisierung der Polizei sind, bleibt unklar. Während einige Innenminister so wirken, also ob sie in einer Mischung aus Panik vor Terroranschlägen und einer perversen Freude an neuem Kriegsspielzeug handeln, scheinen andere in der Öffentlichkeit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen zu wollen. Aber auch die bewusste Entscheidung, aufzurüsten, um vorbereitet zu sein, falls die Exportmaschine Deutschland und das Erfolgsmodell Europa ins Wanken geraten, ist ein möglicher Antrieb. Zugzwang, auch für zurückhaltendere Entscheidungsträger_innen, entsteht sobald ein Bundesland oder der Bund einen weiteren Schritt der Militarisierung einleiten, um sich nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen nicht genug getan zu haben. Die gesellschaftlichen Konsequenzen werden allerdings unabhängig von der Motivation einiger Innenminister und politischer Scharfmacher_innen wirksam werden.

So bricht sich im Zuge der Militarisierung der Polizei ein ohnehin bestehender „ziviler“ Markt für die Rüstungsindustrie Bahn, der bereits jetzt die Aufrüstungsspirale weiter befeuert. Wie bereits aus dem militärischen Waffengeschäft bekannt findet eine ernst gemeinte Debatte oder gar eine transparente Rüstungskontrolle auch im Bereich der Polizei nicht statt.

Die propagierte Logik der Waffengleichheit kennt kein Ende. Sollten Terroristen in einem Gedankenspiel an einen Panzer kommen, bräuchte die Polizei folgerichtig auch panzerbrechende Waffen. Die Militarisierung der Polizei lässt sich allerdings als rein materielles Phänomen betrachtet nicht begreifen.

„Die Ausstattung mit spezifischen Waffen drückt die politische Bereitschaft zum Einsatz dieser Waffen aus. Zudem programmiert die Ausstattung mit spezifischen Waffen die Lösung innergesellschaftlicher Konflikte bis in Alltagssituationen hinein vor. In der Bewaffnung äußern sich Auftrag und Selbstverständnis der Polizei.“⁵³

Der in Folge des 11. September 2001 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, der bereits einen grundlegenden Wandel in Bundeswehr und Geheimdiensten bewirkt hat, schlägt sich jetzt auch im gesamten Polizeiapparat nieder. In einem militärischen Gedankenmuster sollen Attentäter_innen - oder diejenigen, die dafür gehalten werden - nicht mehr vor Gericht gezerrt, sondern unschädlich gemacht werden. Eingepackt in kriegstaugliche Schutzausrüstung und ausgestattet mit Schnellfeuerwaffen findet zwangsläufig auch ein Mentalitätswechsel der einzelnen Polizist_innen statt. Das gerne behauptete Selbstbild als „Freund und Helfer“ wird zunehmend vom Ideal des Kriegers abgelöst, was sich auch im Alltag auswirkt. Einfühlsamkeit, deeskalierendes Verhalten und alternative Lösungssuche in Stresssituationen, schon zuvor keine Stärke der Polizei und nie für alle Bevölkerungsgruppen zu haben, rücken noch weiter in den Hintergrund. Stattdessen nimmt die Distanz zur Bevölkerung zu, die in der Konsequenz zu einem Nullsummendenden - du oder ich/ töten und getötet werden - führt.

Die Auswirkungen betreffen allerdings nicht nur diejenigen, die als Terrorist_innen gejagt werden. Vielmehr wird Sicherheit noch konsequenter als bereits zuvor nicht mehr als Soziale

Sicherheit, Befriedung gesellschaftlicher Spannungen oder gar Streben nach Konsens verstanden, sondern als Ordnung, die von einem starken Staat durchgesetzt werden muss. Das propagierte autoritäre Verständnis von Sicherheit kommt somit nur denjenigen zugute, die ohnehin von der herrschenden Ordnung profitieren und sich deswegen vor den zunehmenden Gewaltmitteln des Staates keine Sorgen machen müssen. Für alle anderen ist es höchste Zeit diese Entwicklungen ernst zu nehmen und sich über Optionen des Widerstand Gedanken zu machen.

Anmerkungen

- 1 Manuel Bewarder und Martin Lutz: „Die Polizei braucht schwere Waffen“, welt.de, 06.03.15.
- 2 „V-Mann fuhr Amir mindestens einmal nach Berlin“, spiegel-online.de, 14.01.17.
- 3 Stefan Stolle: „Kämpfer, die wir nicht brauchen - ‚Grenzschutzgruppe 9‘ und ‚Kommando Spezialkräfte‘“, cilip.de, 29.08.03.
- 4 „Spezialeinheiten Polizei in NRW (SEK, MEK, VG & TEG)“, polizei-nrw-bewerbung.de, Abgerufen: 01.12.16.
- 5 „Spezialeinheiten 1.985 Mal in Berlin 2015 im Einsatz“, sek-einsatz.de, 25.01.16.
- 6 Wegen einer Morddrohung im Rahmen eines Sorgerechtsstreits sollte der Verdächtige festgenommen werden. Er hielt die SEK-Beamten, die auf sein Auto zustürzten allerdings für Autodiebe und versuchte sich zu wehren. Die Pistole in seinem Auto kam dabei nach Aussagen seines Anwaltes nicht zum Einsatz. Axel Spilker: „109 Schüsse aus Notwehr?“, fokus.de, 01.05.15.
- 7 „Hells Angel erschießt SEK-Beamten“, spiegel.de, 17.03.10.
- 8 „Polizist erschossen – BGH spricht Hells Angel frei“, faz.net, 03.11.11.
- 9 Kai Biermann und Johanna Roth: „BFE+ - Die Polizei spielt Krieg“, zeit.de, 16.12.15.
- 10 „Neue Anti-Terror-Einheit nimmt Dienst auf“, rbb-online.de, 16.12.15.
- 11 Ulrike Pflüger-Scherb: „Die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit kommt, wenn es brenzlig wird“, hna.de, 20.04.16.
- 12 Denis Fengel: „Diese Männer sind der Albtraum aller Straftäter“, welt.de, 06.12.15, sowie: Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
- 13 Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
- 14 „Bundesinnenminister stellt neue Einheit BFE+ der Bundespolizei vor“, bmi.bund.de, 16.12.15.
- 15 Rupert Wiederwald: „Der Präsident, die Sicherheit und die Polizei“, dw.com, 28.01.16.
- 16 Kai Biermann und Johanna Roth, 2015.
- 17 Kurt Lachnit und Anja Pester: „BFE+ - Die neue ‚robuste Einheit‘ der Bundespolizei“, S. 9 in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016, 43. Jahrgang, sowie Mario Schulz: „Fortbildung zur BFE+ durch die GSG 9 der Bundespolizei“, S. 12, ebenfalls in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016.
- 18 Dieter Wonka: „Deutschlands härteste Polizeieinheiten“, maz-online.de, 23.07.16.
- 19 Stefan Braun: „BFE Plus - Die Polizei bildet Deutschlands stille Reserve gegen den Terror“, sueddeutsche.de, 16.12.16.
- 20 David Korsten: „BFE+ - Wettrüsten gegen den Terror?“, followupmagazin.de, 14.06.16.
- 21 Kai Biermann und Johanna Roth 2015.
- 22 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
- 23 Achleitner Security Vehicles: „HMV Survivor I“, achleitner.com, Abgerufen: 01.12.16.
- 24 Markus Lorenz: „Sturmgewehre und Panzerwagen für die Polizei - Anti-Terror-Kampf in Hamburg...“, shz.de, 14.11.16.
- 25 Während der Survivor von Achleitner in Rheinland-Pfalz von der Polizei probegefahren wird, haben Berlin und Sachsen Interesse am Konkurrenzmodell von Rheinmetall angemeldet. Zudem befinden sich Radpanzer, soweit bekannt, auf den Beschaffungslisten von Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Bremen.
- 26 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
- 27 Michael Schlieben „Amoklauf – Training im Kalkwerk“, zeit.de, 24.11.06.
- 28 „Neue Maschinenpistole und optimierte Schutzausstattung für die Polizei“, baden-württemberg.de, 12.02.16.
- 29 „Beispielhaft: In jedem Streifenwagen eine Maschinenpistole“, swr.de, 26.11.16, sowie: „Anti-Terror-Kampf: Hamburgs Polizei rüstet auf“, ndr.de, 14.11.16.
- 30 Olaf Lorch-Gerstenmaier: „Polizei reagiert auf Terror: Spezialkräfte trainieren Kollegen“, pz-news.de, 04.04.16.
- 31 Alexander Fröhlich: „Neue Waffen für den Anti-Terror-Kampf – Brandenburgs Polizei rüstet Spezialkräfte auf“, Potsdamer Neuste Nachrichten, pnn.de, 04.12.15.
- 32 Wolfram Hammer: „Landespolizei bekommt G36-Sturmgewehre“, ln-online.de, 12.01.17.
- 33 „Anschlag in Essen vereitelt – Festnahmen in Oberhausen“, wdr.de, 11.03.17.
- 34 Andreas Wetz: „Aufrüstung – Mehr Polizei für den Staat“, diepresse.com, 01.01.16.
- 35 „Polizei in Paris rüstet mit G36-Sturmgewehren auf“, welt.de, 29.02.16.
- 36 „Netzwerk der Sondereinheiten“, in: Öffentliche Sicherheit 9-10/10, bmi.gv.at, sowie: „EU police special forces network to become ‘more and more useful’ and to receive increased financial support“, statewatch.org, 29.08.2013.
- 37 „42 Cobra-Beamte in München im Einsatz“, diepresse.com, 23.07.16.
- 38 Mattias Monroy: „Bald EU-Aufstandsbekämpfung bei Generalstreiks und Schweinegrippe?“, Telepolis, heise.de, 04.02.13.
- 39 Week-end d’action: désarmons la police, démilitarisons les conflits!, désarmonslapolice.noblogs.org, Abgerufen: 01.12.16.
- 40 „Internationale Polizeimissionen“, polizei.nrw.de, Abgerufen: 01.12.16, sowie: „Namibia – Weihnachten am Kavango“, spiegel.de, 30.10.89
- 41 Winter 1994.
- 42 „Deutsche Beteiligung an internationalen Polizeimissionen“, bundespolizei.de, Stand: 27.11.2016.
- 43 undespolizeipräsidium Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Jahresbericht 2015 der Bundespolizei, S. 70-71.
- 44 „Einsatzkräfte – Dienststelle Personenschutz im Ausland (PSA)“, bundespolizei.de, Abgerufen: 01.12.16.
- 45 Bundespolizeipräsidium 2015, S. 35.
- 46 Abdul Matin und Sabine Siebold: „Anschlag auf deutsches Konsulat in Afghanistan – Vier Tote“, de.reuters.com, 11.11.16.
- 47 Jurgin Dahlkamp und Georg Mascolo: „Auslandseinsätze – Tod im Konvoi“, spiegel.de, 19.04.04, sowie: Anette Blettner: „Anschlag – Drei Deutsche Polizisten in Afghanistan getötet“, focus.de, 15.08.07.
- 48 „Auslandsmissionen der Polizei Niedersachsen“, zpd.polizei-nds.de, Abgerufen: 28.11.16.
- 49 Stefan Pechfelder: „Wechsel in den Polizeivollzugsdienst der Länder – Pilotprojekt eröffnet Feldjägern der Bundeswehr neue Karrierechancen“, personal.bundeswehr.de, 30.09.15.
- 50 Ralf Heberer: „Die ‚aufrechten Zwölf‘“, streitkräftebasis.de, 05.08.16, sowie: „Nach SPD-Forderung – Ulbig will ehemalige Feldjäger in die Polizei übernehmen“, mdr.de, 18.08.16.
- 51 Ralf Heberer 2016.
- 52 Gesetz über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen §9 und §10.
- 53 Busch, Funke 1988.

Fact-Sheet: Aufrüstung und Krieg in Mali

Der aktuelle Konflikt in Mali

Der Konflikt zwischen der Übergangsregierung in Gao und den islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens ist ein Versuch, die Kontrolle über das Land zu übernehmen. Die Regierung in Gao versucht, die Kontrolle über das Land zu übernehmen, während die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens die Kontrolle über das Land übernehmen wollen. Die Regierung in Gao versucht, die Kontrolle über das Land zu übernehmen, während die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens die Kontrolle über das Land übernehmen wollen.

Die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens wollen die Kontrolle über das Land übernehmen. Die Regierung in Gao versucht, die Kontrolle über das Land zu übernehmen, während die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens die Kontrolle über das Land übernehmen wollen.



Fact-Sheet: Kriegsbündnis NATO

„Wir sind weiter besorgt über das aggressive Verhalten Russlands [...] Darüber hinaus sind wir besorgt über die von Russland vorgenommene Ausweitung der NATO [...] Um all diese Herausforderungen im Osten und im Süden anzugehen, benötigt die NATO einen neuen Maßstab für die Ausweitung der Bündnispartnerschaft.“ (Aussage von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, Brüssel, 23. Juni 2017)



„Wir betonen weiterhin unsere Unterstützung für ein stabiles Nordatlantisches Bündnis. Wir unterstützen auch die Bereitschaft der NATO, die Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern zu vertiefen.“ (Aussage von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, Brüssel, 23. Juni 2017)

Fact-Sheet: Bundeswehr und Schulen

Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Ein zentraler Bestandteil ist die Zusammenarbeit mit Schulen. Die Bundeswehr arbeitet mit Schulen zusammen, um die Jugendlichen für die Aufgaben der Bundeswehr zu sensibilisieren. Die Bundeswehr arbeitet mit Schulen zusammen, um die Jugendlichen für die Aufgaben der Bundeswehr zu sensibilisieren.

Fact-Sheet: NATO-Expansion

Die NATO hat in den letzten Jahren die Mitgliedschaft erweitert. Die NATO hat die Mitgliedschaft erweitert, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Die NATO hat die Mitgliedschaft erweitert, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten.

Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen

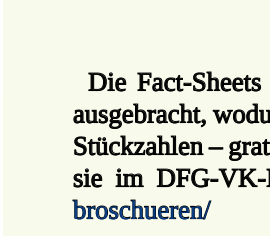
Im Oktober 2001 gab die Resolution 1388 des Sicherheitsrates der UN die Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus. Die Resolution 1388 des Sicherheitsrates der UN gab die Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus.



- Abschließung des Krieges:** Die Afghanistan-Kriegeszeit ist ein Versuch, die Kontrolle über das Land zu übernehmen. Die Regierung in Gao versucht, die Kontrolle über das Land zu übernehmen, während die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens die Kontrolle über das Land übernehmen wollen.
- Warum Abschiebungen?** Die Abschiebungen sind ein Versuch, die Kontrolle über das Land zu übernehmen. Die Regierung in Gao versucht, die Kontrolle über das Land zu übernehmen, während die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens die Kontrolle über das Land übernehmen wollen.
- Relaxierung Afghanistan:** Die Relaxierung ist ein Versuch, die Kontrolle über das Land zu übernehmen. Die Regierung in Gao versucht, die Kontrolle über das Land zu übernehmen, während die islamischen Scharia-Richtern in den islamischen Regionen des Nordens die Kontrolle über das Land übernehmen wollen.

Wie jeder andere?

Die Bundeswehr ist ein Teil der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist ein Teil der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist ein Teil der Bundeswehr.



Die Fact-Sheets werden zusammen mit der DFG-VK herausgebracht, wodurch es möglich wird, sie – auch in größeren Stückzahlen – gratis (gegen Porto) abzugeben. Bestellbar sind sie im DFG-VK-Materialshop: <https://2007.dfg-vk.de/shop/broschueren/>

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig. Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist: IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
 Hechingerstr. 203
 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
 Fax: 07071/49159
 e-mail: imi@imi-online.de
 web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

